

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung
am Donnerstag, dem 04.06.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:31 Uhr

- öffentlich -

Ende: 19:53 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Antje Warnken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwiseke

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsfrau Viktoria Heller

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
 - 1.2** der Beschlussfähigkeit
 - 1.3** der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschriften vom 19. und 26.03. sowie 09.04.2026
- 3** Vorstellung und Beschluss über den 3. Entwurf des Haushalts 2026 Vorlage: FB 3/006/2026
- 4** Sachstand Grundschule
- 5** Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 6** Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Rosenhagen eröffnet um 18.31 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Es werden keine Einwände erhoben.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nehmen 16 von 20 Ausschussmitgliedern teil. Damit ist die Beschlussfähigkeit nach § 65 NKomVG gegeben.

1.3 der Tagesordnung

Die Tagesordnung (insgesamt 6 TOPs) ist den Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig dafür, die Sitzung nach der vorliegenden Tagesordnung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

2 Genehmigung der Niederschriften vom 19. und 26.03. sowie 09.04.2026

Ratsherr H. Schöne meldet sich zu Wort und führt aus, dass die Niederschrift der Sitzung vom 09.04.2026 bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 genehmigt wurde.

Er führt weiter aus, dass die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom 12.03.2026 dem Ausschuss noch nicht vorliegt. Er erkundigt sich bei der Verwaltung, warum diese Niederschrift (hier wurden u. a. auch Teile des Haushalts beraten) nicht vorliegt.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass die Niederschrift erstellt ist und der Verwaltung vorliegt. Es wird geprüft, warum sie noch nicht zur Verfügung steht.

Ratsherr H. Schöne beantragt, die Niederschriften nacheinander abzustimmen.
Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände geäußert.

Genehmigung der Niederschrift vom 19.03.2026

Rats-herr Helling meldet sich zu Wort und führt aus, dass das im Protokoll unter TOP 2 Abs. 3 genannte Wirtschaftlichkeitsgutachten nicht in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 02.10.2025, sondern in der Sitzung am 30.10.2025 vorgestellt wurde.

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass dies entsprechend korrigiert wird.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung genehmigt mehrheitlich unter Einbeziehung der Änderungen die Niederschrift der Sitzung vom 19.03.2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	1

Damit ist die Niederschrift der Sitzung vom 19.03.2026 genehmigt.

Anmerkung der Verwaltung: *Das genannte Wirtschaftlichkeitsgutachten wurde am 02.10.2025 in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Familien und Senioren vorgestellt und nicht im Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung.*

Genehmigung der Niederschrift vom 26.03.2026

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass die Ausschussmitglieder, welche der Sitzung am 26.03.2026 nicht beigewohnt haben, sich seiner Kenntnis nach auch nicht an der Abstimmung beteiligen sollen, da sie der Sitzung nicht beigewohnt haben.

Dazu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen beginnt daher mit der Abstimmung.
Für die Genehmigung des Protokolls stimmen sechs Ausschussmitglieder.

Ratsherr Wohlers stellt um 18:35 Uhr vor der Beendigung der ersten Abstimmung einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Ratsherr Wohlers beantragt, mit Bezug auf die Aussage, die Ratsherr H. Schöne unmittelbar vor dem Antrag zur Geschäftsordnung getätigt hat, dass die Ausschussmitglieder, die der Sitzung am 26.03.2026 nicht beigewohnt haben, auch seiner Kenntnis nach nicht abstimmen sollten.

Daraufhin wiederholt der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung genehmigt mehrheitlich die Niederschrift der Sitzung vom 26.03.2026

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	2
Enthaltung:	9

Damit ist die Niederschrift der Sitzung vom 26.03.2026 genehmigt worden.

3 Vorstellung und Beschluss über den 3. Entwurf des Haushalts 2026 Vorlage: FB 3/006/2026

Der vorliegende Dritte Haushaltsentwurf wird durch Kämmerer Warns mittels einer den Ausschussmitgliedern bereits mit der Einladung zugesandten Präsentation vorgestellt.

Er führt aus, dass den Ausschussmitgliedern im Vorfeld ein umfassender 100- seitiger Bericht, welcher alle wesentlichen Aspekte des Haushaltes enthält, zugegangen ist. Ferner wurde im Vorfeld eine Übersicht, in der die für den Haushalt 2026 wesentlichen Produkte aufgelistet waren, übersendet.

Er führt aus, dass sich der Ansatz der ordentlichen Erträge im Vergleich zum zweiten Entwurf nicht geändert hat. Der Ansatz der ordentlichen Aufwendungen hat sich im Vergleich zum zweiten Entwurf um 30.000,00 € erhöht.

Kämmerer Warns führt aus, dass in dem Haushalt 2026, wie vom Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung beschlossen, der Neubau der Kindertagesstätte eingeplant wurde. Ferner wurde eine komplette Kaufmännische Abschreibung des Restbuchwertes des Kindergartengebäudes in den Haushalt 2026 eingeplant.

Kämmerer Warns führt aus, dass der KITA-Neubau mit einer Investitionssumme von 5,6 Millionen Euro als I-Element in den Haushalt eingeplant wird.

Im nächsten Schritt stellt Kämmerer Warns das nicht im Haushalt enthaltene Modell der Sanierung vor und führt aus, dass diese bei Einplanung als P-Element im Ergebnishaushalt voll wirksam werden würde.

Er führt aus, dass eine Sanierung im Jahre 2028 und ein Neubau im Jahre 2030 voraussichtlich fertiggestellt werden würde und entsprechend in die folgenden Haushaltsjahre eingeplant werden.

Kämmerer Warns unterstreicht, dass wie von der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Wesermarsch in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 mehrfach dargelegt, bei der Durchführung eines

Neubaus der Haushalt der Gemeinde Lemwerder in Teilen von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden wird.

Kämmerer Warns führt aus, dass die Maßnahmen „Mittagsverpflegung in der Ganztags schulbetreuung“ und „Einzäunung des Kunstrasenplatzes“ als I- Elemente in den Haushalt aufgenommen wurden.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsfrau Rosenow hat das Wort und führt aus, dass in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 die Maßnahme „Einzäunung des Kunstrasenplatzes“ mit einem Sperrvermerk in den Haushalt aufgenommen werden soll. Dieser Sperrvermerk findet sich nicht in der von Kämmerer Warns vorgestellten Präsentation wieder.

Kämmerer Warns führt dazu aus, dass dieser Sperrvermerk nicht in die Präsentation Eingang gefunden hat, jedoch entsprechend in den Haushalt aufgenommen wurde.

Ratsherr Bade meldet sich zu Wort und führt aus, dass er in den ihm für die heutige Sitzung zur Verfügung stehenden Dokumenten keine Gefährdungsbeurteilung findet. Eine entsprechende Übersendung wurde ihm jedoch für Freitag, 22.05.2026 zugesagt. Er erbittet von der Verwaltung eine Übersendung der entsprechenden Unterlagen in der heutigen Sitzung.

Fachbereichsleiter Kwiske führt dazu aus, dass mehrere Gutachten eingeholt wurden und die aus diesen Gutachten gewonnenen Erkenntnisse in das Leistungsverzeichnis, welches für die Ausschreibung der Schimmelsanierung erstellt wurden, eingeflossen sind.

Dadurch ist die Gefahr auf den Auftragnehmer übergegangen und somit hat dieser die Pflicht, seine Mitarbeiter entsprechend zu unterweisen und mit der notwendigen Schutzausrüstung (PSA) auszustatten.

Fachbereichsleiter Kwiske führt aus, dass das Ziel der Maßnahme eine schimmelfreie Kita, von der keine Gesundheitsgefährdung ausgeht, ist.

Ratsherr Bade meldet sich mit seiner Stellungnahme zu der von Fachbereichsleiter Kwiske getätigten Aussage zu Wort und führt aus, dass die Gemeinde Lemwerder als Auftraggeber fungiert und daher verpflichtet, eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. Wenn die Gemeinde Lemwerder dies nicht tut, macht sie sich laut Ratsherrn Bade strafbar.

Fachbereichsleiter Kwiske führt aus, dass die Leistungsverzeichnisse, welche der Ausschreibung zu Grunde liegen, seitens der Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurden und die Verwaltung somit ihrer Pflicht, die Lage umfassend zu bewerten, in vollem Umfang nachgekommen ist.

Ratsherr Ruminski hat das Wort und führt aus, dass die Restnutzungsdauer des Kita Gebäudes nicht angegeben wurde und die mit der Sanierung verbundenen technischen Risiken nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden haben.

Ratsherr Ruminski teilt mit, dass er im Vorfeld der heutigen Sitzung E-Mails zu dem Thema „Sanierung oder Neubau der KITA“ sowohl an die Verwaltung als auch an die Kommunalaufsicht des Landkreises Wesermarsch gesendet hat und diese E-Mails sowohl von der Verwaltung als auch von der Kommunalaufsicht aus Sicht von Ratsherrn Ruminski nicht ausreichend beantwortet wurden. Weitere Details werden nicht genannt.

Er führt als Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion aus, dass diese für einen Neubau der KITA stimmen wird.

Ratsfrau Rosenow erkundigt sich bei Fachbereichsleiter Kwiske, ob das KITA-Gebäude derzeit frei von Schimmelbefall ist.

Dazu führt Fachbereichsleiter Kwiske aus, dass das KITA-Gebäude derzeit nicht frei von Schimmelbefall ist, aber keine Gesundheitsgefährdung vorliegt.

Ratsfrau Rosenow meldet sich mit einer Frage, zu der von Fachbereichsleiter Kwiske zuvor getätigten Aussage, zu Wort. Sie erkundigt sich, ob seitens der Verwaltung versichert werden kann, dass die Feuchtigkeit/der Schimmel, welche/r sich noch im Gebäude befindet, komplett entfernt werden kann.

Für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ führt sie als Fraktionsvorsitzende aus, dass eine Sanierung ökologischer und zeitsparender ist. Ohne die entsprechende Zusicherung der Verwaltung, dass eine komplette Beseitigung von Feuchtigkeit und Schimmel möglich ist, kann seitens der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ nicht für eine Sanierung gestimmt werden.

Fachbereichsleiter Kwiske teilt mit, dass noch nicht alle Arbeiten, die für die Entfernung des Schimmels bzw. der Feuchtigkeit notwendig sind, durchgeführt wurden. Die sogenannte „Freimessung“ erfolgt nach Abschluss aller Arbeiten, beispielsweise der Absaugung der Oberflächen mittels Sauger mit Spezialfiltern.

Er teilt weiter mit, dass auf Wunsch der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ein weiteres Gutachten zur Beurteilung des Schimmelbefalls bzw. der Feuchtigkeit in Auftrag gegeben wurde. In diesem Gutachten wird der Feuchtigkeitsgehalt der Wände ermittelt und eine Raumluftmessung durchgeführt.

Aufgrund der noch nicht stattgefundenen abschließenden Feinabsaugung können sich weiterhin Schimmelspuren in der Luft befinden.
Das Gutachten wird Ende Juni 2026 erstellt und liegt gegebenenfalls noch vor Beginn der Sommerferien vor.

Ratsherr Schröder führt aus, dass der Ausschuss vor der Entscheidung steht, einen Neubau oder eine Sanierung durchzuführen. Durch Fachbereichsleiter Kwiske wurde mitgeteilt, dass weiterhin an der Beseitigung des Schimmels gearbeitet wird. Daher ist es aus Sicht von Ratsherrn Schröder nicht möglich, am heutigen Tage eine entsprechende Entscheidung („Neubau oder Sanierung des KITA-Gebäudes“) zu treffen. Er führt aus, dass aus seiner Sicht noch zu viele offene Fragen vorhanden sind.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass das neuerliche Gutachten auf Wunsch der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Auftrag gegeben wurde und dass bereits vor dem Baustopp mit der Schimmelentfernung durch eine Fachfirma begonnen worden war. Sie führt aus, dass bei der letzten Begehung des KITA-Gebäudes kein Schimmelgeruch wahrgenommen und keine feuchten Wände festgestellt werden konnten.

Zu der von Ratsherrn Ruminski getätigten Aussage, dass die Mail, die er zum Thema „Sanierung oder Neubau der KITA“ verfasst hat, sich primär an die Kommunalaufsicht richtete und deshalb seitens der Verwaltung keiner Beantwortung bedurfte, erklärt sie Folgendes: Sie hat das Institut für Public Management (IPM) mit einer „Kippunktberechnung“ beauftragt. Seitens der Verwaltung wird nicht davon ausgegangen, dass sich die Ergebnisse grundlegend ändern werden. Ermittelt wird bei dieser Berechnung ab wann der Punkt erreicht ist, ab dem der Neubau wirtschaftlicher ist als die Sanierung.

Ratsherr Schröder führt aus, dass ihm zu dem Thema „Weitere Gefährdung durch Schimmel/Feuchtigkeit“ Informationen fehlen und er daher davon ausgeht, dass in der heutigen Sitzung kein Beschluss gefasst wird.

Bürgermeisterin Winkelmann führt zu der von Ratsherrn Schröder getätigten Aussage aus, dass sie sich in der heutigen Sitzung einen Beschluss vorstellen kann, welcher die Aufnahme der Sanierung in den Haushalt mit entsprechendem Sperrvermerk vorsieht.

Sollte durch die überarbeitete WiBe am Ende der Neubau wirtschaftlicher sein als die Sanierung, könnte dies durch einen Nachtragshaushalt geändert werden.

Sie unterstreicht die Wichtigkeit eines zeitnahen Beschlusses des Haushalts durch den Rat der Gemeinde Lemwerder.

Ratsherr Ammermann meldet sich zu Wort und unterstreicht, aufgrund der Abhängigkeit der Gemeinde von einem genehmigten Haushalt, die Notwendigkeit des Haushaltsbeschlusses in der Ratssitzung am 18.06.2026.

Der von Bürgermeisterin Winkelmann geäußerte Vorschlag „Aufnahme der Sanierung des KITA-Gebäudes in den Haushalt mit entsprechendem Sperrvermerk“ wird von Ratsherrn Ammermann positiv aufgenommen.

So könnte dieses Streitthema zunächst ausgeklammert werden und die Verwaltung bliebe mit den anderen eingeplanten Maßnahmen im Haushalt handlungsfähig.

Ratsherr Ruminski hat das Wort und führt aus, dass der Beschluss über die Sanierung am 30.10.2025 getroffen wurde. Es erschließt sich ihm nicht, warum die Sanierungsarbeiten sich nicht in einem fortgeschritteneren Stadium befinden.

Er vertritt die Auffassung, dass man den Neubau des KITA-Gebäudes einstellen sollte und — sofern das auf Wunsch der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Auftrag gegebene Gutachten vorliegt — in der Ratssitzung am 18.06.2026 gegebenenfalls noch Änderungen an der Einstellung dieser Position im Haushalt vorgenommen werden können.

Er spricht sich gegen den von Bürgermeisterin Winkelmann vorgeschlagenen Vorschlag „Aufnahme der Sanierung des KITA-Gebäudes in den Haushalt mit entsprechendem Sperrvermerk“ aus.

Ratsfrau Warnken meldet sich mit der Frage „Was passiert, wenn das in Auftrag gegebene Gutachten negativ ausfällt?“ zu Wort.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass dann wahrscheinlich die Mehrheit der Ratsmitglieder für einen KITA-Neubau votieren wird. Sie ergänzt, dass sie nicht davon ausgeht, dass das Gutachten zu einem negativen Ergebnis kommt.

Ratsherr Meyer hat das Wort und führt aus, dass seiner Ansicht nach den Aussagen seitens der Verwaltung und der Kommunalaufsicht gefolgt werden und eine Sanierung beschlossen werden sollte.

Ratsherr Schwarz hat das Wort und führt aus, dass das Thema der Sanierung der Kita bereits lange beraten wurde und bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass erst jetzt gehandelt werde.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass das erste Gutachten der Verwaltung zum Thema „Schimmelbefall“ im Kita-Gebäude bereits in Ordnung gewesen sei. Die weiteren Gutachten wurden auf Antrag der jeweiligen Fraktionen in Auftrag gegeben und dienen dem

Zweck, dass sich die Ratsmitglieder in ihrer Entscheidung sicher fühlen. Sie unterstreicht, dass seitens der Verwaltung keine Unsicherheiten bestehen und diese eine Sanierung befürworte.

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass er sich von Aussagen, welche seitens der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Wesermarsch getätigt werden (vgl. auch TOP 4 ff. des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom 21.05.2026), nicht „bange“ machen lasse — auch dann nicht, wenn Teile des Haushalts nicht durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden.

Die Mehrheit des Ausschusses hat für den Kita-Neubau gestimmt; daher solle dieser auch in den Haushalt aufgenommen werden.

Kämmerer Warns führt dazu aus, dass, wie bereits mitgeteilt, der Kita-Neubau Eingang in den Haushaltsentwurf 2026 gefunden habe.

Bürgermeisterin Winkelmann hebt hervor, dass die Sanierung des Kita-Gebäudes aufgrund der Ausführungen der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Wesermarsch in den Haushalt eingeplant werden solle.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

1.) Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss/dem Rat mehrheitlich nicht die Variante A1 „Sanierung des Bestandsgebäudes gemäß der WiBe vom 21.05.2026 (erstellt vom Institut für Public Management, Berlin) umzusetzen und dafür Mittel in Höhe von 3,2 Millionen Euro in den Haushalt 2026 einzuplanen, sondern 5,6 Millionen € für den Neubau.

Gleichzeitig wird der Restbuchwert für das alte Bestandsgebäude im Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 1,8 Millionen Euro nicht als außerordentliche Aufwendung in den Ergebnishaushalt 2026 als Teilabschreibung einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	7
Nein:	8
Enthaltung:	1

Damit ist die Variante A1 „Sanierung des Bestandsgebäudes“ mehrheitlich abgelehnt worden; der Kita-Neubau wird in den Haushalt Eingang finden.

2.) Ratsherr H. Schöne hat das Wort und stellt um 19.10 Uhr einen mündlichen Antrag.

Er beantragt über die Einplanung des Kita-Neubaus in den Haushalt 2026 abzustimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass der Kita-Neubau in den Haushalt 2026 eingeplant wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	5
Enthaltung:	3

Damit wird der Kita Neubau Eingang in den Haushalt finden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird durch den Vorsitzenden Rats Herrn Rosenhagen geschlossen.

4 Sachstand Grundschule

Bürgermeisterin Winkelmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtet von einem Gespräch, welches sie mit der Rektorin der Grundschule Lemwerder am 02.06.2026 geführt hat. In diesem Gespräch wurden der Ablauf der Ganztags schulbetreuung und die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten besprochen.

Der Ablauf der Ganztags schulbetreuung soll wie folgt sein:

vormittags	Unterricht
12.00 – 13.00 Uhr	Betreuung der Kinder im Standort Deichshausen
13.00 Uhr	Bustransfer der Kinder zum Standort-Mitte. Dort werden die Kinder durch Mitarbeiter des externen Kooperationspartners in Empfang genommen.
13.30 – 14.00 Uhr	Einnahme der Mittagsverpflegung (nach aktueller Planung) in der Milchbar der „Ernst-Rodiek-Halle“
14.00 – 14.30 Uhr	Hausaufgabenbetreuung in den Räumlichkeiten der Grundschule Lemwerder – Standort Mitte
14.30 Uhr	Selbstbestimmte Zeit am Nachmittag („SOFA“-Zeit) im Atrium der Grundschule Lemwerder – Standort Mitte
14.30 Uhr	Einige Kinder der Ganztags schulbetreuung verlassen den Ganztags und treten die Heimreise an.
15.00 – 16.00 Uhr	Außerschulische Angebote (u.a. Lego bauen etc.) in 3 Räumen (es werden ein Spiel-, ein Ruhe- und ein Kreativraum zur Verfügung stehen) im Gebäude 4 der Eschhofschule – neben 3 Räumen für die Klassen 3 und 4 im Gebäude 5 der Eschhofschule
16.00 Uhr	Ende der Ganztags schulbetreuung

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass in der Spitze 94 Kinder für die Ganztags schulbetreuung angemeldet worden sind und von diesen Kindern ein Großteil nur bis 14.30 Uhr die Ganztags schulbetreuung in Anspruch nehmen wollen, also Mittagessen und Hausaufgaben in der Schule machen wollen.

AG-Angebote wird es nach Aussage der Schule erst zu einem späteren Zeitpunkt geben. Die Kinder sollen zunächst einmal erst in der neuen Schulform ankommen.

Am Montag, 08.06.2026, wird ein Küchenausstatter die Räumlichkeiten der Milchbar der „Ernst-Rodiek-Halle“ und die dort vorhandenen Küchengeräte in Augenschein nehmen und bei diesem Termin wird festgelegt werden, welche neuen bzw. zusätzlichen Geräte angeschafft werden müssen. Danach wird eine entsprechende Ausschreibung der Mittagsverpflegung durchgeführt werden. Der Submissionstermin für die Ausschreibung der Ferienbetreuung ist der 15.06.2026

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass der Hort aufgrund der veränderten Belegungszahlen eine neue Betriebserlaubnis benötigt. Nach den Sommerferien 2026 wird es nur noch zwei Gruppen im Hort geben.

Bürgermeisterin Winkelmann berichtet, dass der Hort in der Zeit von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet sein wird. Den Frñhdienst im Hort wird es nur für die „Hortkinder“ geben. Lt. Frau Bretzke vom Regionalen Landesamt für Schule und Bildung können die Kinder der „Ganztagsschulbetreuung“ den Hort nicht, wie in der Vergangenheit, besuchen. Es handelt sich um zwei verschiedene Rechtssysteme. (Kita-Gesetz vs. Schulgesetz).

Darüber hinaus können Kinder der „Ganztagsschulbetreuung“ auch die Ferienbetreuung im Hort nicht in Anspruch nehmen.

Die Kinder der Klassen 1 und 2 werden am 31.07.2026 aus dem Hort verabschiedet.

Das neue Schuljahr beginnt am 12.08.2026. Daher wird es für diese Kinder einige Tage keine Betreuung geben. Ab den Herbstferien 2026 werden die Kinder der „Ganztagsschulbetreuung“ durch den externen Kooperationspartner, welcher ab der kommenden Woche mittels Ausschreibung gefunden wird, betreut.

Bürgermeisterin Winkelmann informiert darüber, dass in der 24. KW für alle interessierten Eltern von der Verwaltung ein „Infoelternabend“ durchgeführt werden wird.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsfrau Warnken erkundigt sich bei Bürgermeisterin Winkelmann, ob bei dem „Infoelternabend“ auch Vertreter der Grundschule anwesend sein werden.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass eine Beteiligung der Grundschule Lemwerder an diesem „Infoelternabend“ derzeit nicht vorgesehen ist. Sie führt darüber hinaus aus, dass seitens der Grundschule bereits ein „Infoabend“ für die Eltern der ersten Klassen durchgeführt wurde. Ferner plant die Schule für den 22.06.2026 und den 29.06.2026 weitere „Infoelternabende“, zu denen die Verwaltung nicht eingeladen wurde.

Ratsfrau Warnken stellt zu den von Bürgermeisterin Winkelmann getätigten Aussagen eine Nachfrage und erkundigt sich, ob es möglich wäre, Vertreter der Grundschule Lemwerder an dem von der Verwaltung angedachten „Infoelternabend“ zu beteiligen.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass die Schulleiterin Glimm gerne an dem „Infoelternabend“, welchen die Verwaltung veranstaltet, gerne teilnehmen kann.

Ratsfrau Ludwig hat das Wort und erkundigt sich, warum es keine Arbeitsgemeinschaften (AGs) geben soll. Die Einrichtung solcher AGs wurde im Vorfeld versprochen und sind Teil der Arbeit in der Ganztagsschule.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass die an der heutigen Sitzung im Zuschauerbereich anwesende Schulleiterin Glimm dazu Auskünfte geben kann. Die Schulleiterin beantwortet die Frage von Frau Ludwig nicht.

Ratsherr H. Schöne erkundigt sich, warum für die Kinder der Klassen 1 und 2 der Ganztagschulbetreuung keine Möglichkeit der Hortbetreuung besteht.

Bürgermeisterin Winkelmann führt noch einmal dazu aus, dass in der Ganztagschulbetreuung das Ganztagsförderungsgesetz und im Hort das Schulgesetz Anwendung findet.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Ausschussvorsitzende Ratsherr Rosenhagen schließt den Tagesordnungspunkt

5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Mitteilungen der Verwaltung werden nicht abgegeben.

Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Ratsfrau Rosenow erkundigt sich bei der Verwaltung, ob für die Einnahme der Mittagsverpflegung in der Milchbar die Tische und Stühle dauerhaft aufgestellt werden.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass vom Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung in der Sitzung am 21.05.2026 beschlossen wurde, dass die Tische und Stühle an Ort und Stelle verbleiben und sich die Vereine, welche dort Angebote anbieten, auf andere Räumlichkeiten ausweichen müssen. Die dauerhafte Aufstellung erspar 2 -3 Stunden tägliche Arbeitszeit von zwei Hausmeistern.

Ratsherr H. Schöne hat das Wort und führt aus, dass er in einer E-Mail vom 17.02.2026 an die Verwaltung eine Kostenaufstellung über die Kostenschätzung für das Bürgerbegehren gebeten hat. Diese Zahlen liegen bis zum heutigen Tage nicht vor. Aus diesem Grund beantragt er, im Rathaus Akteneinsicht zu nehmen.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass Ratsherr H. Schöne seitens der Verwaltung gebeten wurde, entsprechende Fragen zur Kostenschätzung des Bürgerbegehrens abzugeben. Diese Fragen wurden der Verwaltung jedoch nicht übermittelt.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass nach § 32 Abs. 4 NKomVG eine Kostenschätzung zu erstellen und diese den Vertretungsberechtigten unverzüglich mitzuteilen ist. Dies geschieht nach § 32 Abs.4 Satz 4 NKomVG zwischen der Verwaltung und den Vertretungsberechtigten. Dies ist in diesem Fall erfolgt. Eine Zuständigkeit/Information der Vertretung ist in diesem Falle nicht erforderlich.

Ratsherr H. Schöne äußert sich zu den von Bürgermeisterin Winkelmann getätigten Aussagen und führt aus, dass er um Erläuterung des Zahlenwerkes, welches der Kostenschätzung für das Bürgerbegehren zugrunde liegt, gebeten hat. Es kann lt. Ratsherr H. Schöne für die Verwaltung kein Problem darstellen, dieses Zahlenwerk dem Antragssteller vorzulegen.

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen erklärt, dass Ratsherr H. Schöne einen entsprechenden Antrag gestellt hat und dieser von der Verwaltung entsprechend geprüft wird.

Ratsherr Bade hat das Wort und kommt auf die Sitzung vom 23.04.2026 TOP 5 Photovoltaikanlage Ernst-Rodiek-Halle“ zu sprechen. Er führt aus, dass die Verwaltung den Autarkiegrad bzw. die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Photovoltaikanlage den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen soll. Dies ist lt. Ratsherrn Bade bisher nicht erfolgt.

Er merkt an, dass in dem Protokoll vom 23.04.2026 der Hinweis fehlt, dass der Autarkiegrad bzw. die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Photovoltaikanlage nachgereicht wird.

Dieser Punkt wird entsprechend zu Protokoll genommen. Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht.

Ratsherr Schröder nimmt Bezug auf die von Ratsherr H. Schöne angesprochene Kostenschätzung für das Bürgerbegehren und erkundigt sich, ob es richtig ist, dass die Verwaltung lediglich die Antragssteller über die für das Bürgerbegehren anfallenden Kosten zu informieren hat und der Rat keine Informationen erhält.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass es nach § 32 Abs. 4 NKomVG korrekt ist, dass die Kostenschätzung unverzüglich von der Verwaltung zu erstellen und den Vertretungsberechtigten vorzulegen ist.

Bürgermeisterin Winkelmann unterstreicht, dass sie in ihren Ausführungen nie davon gesprochen hat, dass der Rat keine Informationen erhält.

Ratsherr Wohlers hat das Wort und beantragt, dass die Unterlagen zur Kostenschätzung des Bürgerbegehrens nicht nur der antragstellenden FDP-Fraktion, sondern auch allen übrigen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Zu dieser Wortmeldung werden keine weiteren Ausführungen getätigt.

Ratsherr Meyer hat das Wort und erkundigt sich, ob die für eine europaweite Ausschreibung geltende Wertgrenze (derzeit rund 5,5 Millionen €) nur für Neubauten oder auch für Sanierungs- und Umbauarbeiten gilt

Fachbereichsleiter Kwise führt dazu aus, dass sich diese Wertgrenze auf Bauleistungen im Allgemeinen bezieht. Es wird lt. Fachbereichsleiter Kwise nicht zwischen einem Neubau/Umbau oder Sanierungsarbeiten unterschieden.

Fachbereichsleiter Kwise bestätigt die von Ratsherr Meyer genannten Summe (5.538.000 Euro). Damit ist für alle Bauvorhaben, welche diese Summe erreichen, europäisches Vergaberecht anzuwenden.

Ratsherr Bade hat das Wort und kommt auf die technischen Bauabnahmen der Großtagespflege Altenesch „Weserwichtel & Weserzwerge“ zu sprechen.

Er führt aus, dass seitens der FDP-Fraktion am 27.04. und 28.04.2026 entsprechende Anträge an die Verwaltung gestellt wurden und diese bis heute nicht bearbeitet wurden. Er führt aus, dass in den letzten Ausschusssitzungen des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung seitens der Verwaltung mitgeteilt wurde, dass die technischen Bauabnahmen bis Ende Mai 2026 durchgeführt werden sollen.

Er erkundigt sich

- a) nach dem Stand der Bauabnahmen
- b) nach dem Vorhandensein von Restpunktlisten
- c) Sollte es Restpunkte geben, um welche Punkte handelt es sich?
- d) Werden Mittel aufgrund noch nicht stattgefundener Bauabnahmen zurückgehalten?

Fachbereichsleiter Kwise berichtet, dass ihm die „Liste aller am Bau beteiligten Gewerke“ vorliegt. Sie wurde heute ergänzt. Insgesamt wurden 7 Gewerke abgenommen; drei Abnahmen stehen noch aus. Für das Gewerk Abbruch war keine Abnahme erforderlich. Bei den bis heute durchgeführten Abnahmen wurden laut Fachbereichsleiter Kwise keine Mängel festgestellt. Eine Übersicht der erfolgten Abnahmen werde kurzfristig per E-Mail an die Ausschussmitglieder gesendet. Auf Wunsch von Ratsherr Bade wird diese Liste auch dem Protokoll als Anlage beigelegt werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird durch den Vorsitzenden Ratsherr Rosenhagen geschlossen.

6 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohner_innen ergeben sich in der heutigen Sitzung folgende Fragen an Rat und/oder Verwaltung:

Ein Einwohner meldete sich zu Wort und bezog sich auf die von Bürgermeisterin Winkelmann getätigte Aussage zur Reduktion der Hortgruppen von vier auf zwei Gruppen. Er führte aus, dass nach seinen Informationen auch Kinder der 5. Klasse den Hort besuchen dürfen und erkundigte sich, ob sich dadurch die Anzahl der Hortgruppen erhöhen würde.

Die Bürgermeisterin führt aus, dass sich nur zwei Fünftklässler angemeldet haben und sich dadurch die Gruppen nicht erhöhen.

Bürgermeisterin Winkelmann erläuterte, dass die von der Kommunalaufsicht in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 angekündigte Anordnung zur erneuten formellen Prüfung des Bürgerbegehrens dem Verwaltungsausschuss noch nicht vorliegt und die Verwaltung daher derzeit nicht weiß, wie es mit dem Bürgerbegehren weitergeht. Sollte das Bürgerbegehren zu dem Ergebnis führen, dass der Hort wieder für alle Jahrgänge zugänglich wird, würden auch wieder mehr Hortgruppen eingerichtet werden.

Eine Einwohnerin meldete sich zu Wort und erklärte, das Projekt Ganztagsbetreuung könne nicht starten, solange keine verlässlichen Zahlen vorlägen. Sie wies darauf hin, dass bislang nur die Grundschule Lemwerder eine Abfrage zur Ganztagsbetreuung durchgeführt habe und bat um Informationen, zu welchen Angeboten sie ihr Kind anmelden könne; derzeit verfüge sie über keinerlei Unterlagen und wünsche sich belastbare Auskünfte von der Schule.

Bürgermeisterin Winkelmann erläuterte, dass diese Fragen von Schulleiterin Glimm beantwortet werden könnten. Sie teilte zudem mit, dass am Mittwoch, 10.06.2026, ein von der Verwaltung angebotener Informationsabend für Eltern stattfinde. Auf Nachfrage der Einwohnerin, ob die im Rat vertretenen Fraktionen ebenfalls teilnehmen würden, erklärte Bürgermeisterin Winkelmann, es handele sich um einen Informationsabend; eine Teilnahme der Fraktionen sei derzeit nicht vorgesehen.

Die Einwohnerin wünschte sich außerdem eine Erläuterung des pädagogischen Konzepts der Ganztagsbetreuung. Bürgermeisterin Winkelmann wies darauf hin, dass dies in den Aufgabenbereich der Schule fällt; die Gemeinde Lemwerder sei lediglich für Ferienbetreuung und Mittagsverpflegung zuständig.

Eine weitere Einwohnerin meldete sich zu Wort und führt aus, dass es derzeit Doppelstrukturen bei der Gestaltung des Ganztagsunterrichts gibt. Sie erklärt, dass wenn das vom Rat beschlossene Konzept für die Ganztagsbetreuung so umgesetzt wird, die Gemeinde Lemwerder die Kosten für die Durchführung der Ferienbetreuung durch einen externen Dienstleister trägt.

Es entstünden Kosten für die Ferienbetreuung der 1. + 2. Klässler in der Schule und für die 3. + 4. Klässler im Hort.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die Hortmitarbeiter ganzjährig bei der Gemeinde Lemwerder angestellt sind und deshalb keine zusätzlichen Kosten für die Betreuung entstehen. Das Problem ist die Zugangsbeschränkung, wodurch zwei Rechtssysteme aufeinandertreffen.

Die Bürgerin äußert die Auffassung, dass die Kinder, die die Ganztagschule besuchen, pädagogisch nicht ausreichend betreut werden. Die sogenannte „Sofa-Zeit“ sei ihrer Meinung nach nicht angebracht. Die Einwohnerin sieht in der unzureichenden pädagogischen Betreuung, eine strukturelle Vernachlässigung der Schüler*innen, für die der Rat der Gemeinde Lemwerder verantwortlich sei.

Ein weiterer Einwohner meldet sich zu Wort und spricht den Bustransfer der Ganztagschule an. Er erklärt, dass derzeit die Kinder, die im Umkreis von 2 km um die Schule wohnen, ein sogenanntes „Tim-Ticket“ erhalten; die dafür anfallenden Kosten werden vom Landkreis Wesermarsch getragen. Er erkundigt sich, wie es sich mit dem Bustransfer vom Standort Deichshausen zum Standort Mitte verhält.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass sich die Verwaltung für die Ganztagskinder derzeit um die Kostenübernahme für den Bustransfer vom Standort Deichshausen zum Standort Mitte kümmere.

Sie erklärt weiter, dass es für die Schülerinnen, die um 14:30 Uhr die Ganztagsbetreuung verlassen, keinen Bustransfer gebe; die Abholung dieser Schüler*innen müsse dann durch die Eltern organisiert werden. Sie stellt klar, dass die Kosten für den Bustransfer nur für Schüler*innen in der Ganztagsbetreuung von der Gemeinde übernommen werden.

Einwohnerin Volbers meldet sich zu Wort und führt aus, dass die Ganztagschulbetreuung auch am Standort Deichshausen durchgeführt werden könne. Die Mittagsverpflegung könne dann in sogenannten Versorgungscontainern erfolgen. Diese Variante habe laut Einwohnerin Volbers den Vorteil, dass der für die Kinder anstrengende Bustransfer entfalle und eine Taktung für den Wechsel der Räumlichkeiten entfallen würde.

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort und erkundigt sich, ob Räumlichkeiten, die der Hort aufgrund der ab Sommer 2026 geringeren Gruppen- und Kinderzahl nicht mehr benötigt, vom Kindergarten genutzt werden können.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass Teile der Hortgebäude bereits jetzt vom Kindergarten genutzt werden, aber über weitere Nutzungsmöglichkeiten nachgedacht wird.

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort und befürwortet eine Mittagsverpflegung am Standort Deichshausen in entsprechenden Containern.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass der Gemeinderat entschieden hat, dass Essen (wie im Konzept der Schule beschrieben und vom Rat am 30.10.2025 beschlossen wird in der Milchbar stattfinden); daher müsse diese Entscheidung nun umgesetzt werden.

Einwohnerin Volbers hat das Wort und führt aus, dass im vom Gemeinderat gefassten Beschluss die Einrichtung von AGs enthalten war. Diese werde es nun nicht geben; daher sei der Beschluss ihrer Ansicht nach unter falschen Voraussetzungen gefasst worden.

Ratsfrau Rosenow hat das Wort und führt aus, dass seitens der Schule am Standort Mitte eine bessere Betreuung der Kinder, als am Standort Deichshausen, gewährleistet sein könne. Ferner spricht sie sich nach wie vor für die Einnahme der Mittagsverpflegung in der Milchbar der Ernst-Rodiek-Halle aus.

Einwohner T. Sonntag hat das Wort und erkundigt sich, wie die Maßnahmen der Ganztagsbetreuung ohne einen wirksamen Haushalt umgesetzt werden können.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass sie dazu bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 21.05.2026 Ausführungen gemacht habe. Sie teilt mit, dass die Grundschule Lemwerder für jedes Kind, das die Ganztagsbetreuung besucht, Gelder vom Land Niedersachsen erhält; diese Gelder müssten zunächst von der Schule verauslagt und zu einem späteren Zeitpunkt durch die Gemeinde zurückgezahlt werden. Die Verwaltung und die Schule hätten die Möglichkeit, die Ganztagschule, durch Restmittel und mithilfe der Landesmittel entsprechend auszustatten.

Ratsfrau Ludwig meldet sich zu Wort und führt aus, dass alle Anwesenden an den von den Einwohner_innen getätigten Aussagen sehen können „Was Macht mit einem Menschen macht“. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, zum Wohle der Einwohner_innen zu entscheiden.

Ratsfrau Warnken hat das Wort und führt aus, dass sie die von Ratsfrau Ludwig getätigten Aussagen für bedenklich hält. Sie teilt mit, dass seitens der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vor längerer Zeit ein Vorschlag unterbreitet wurde, der allen Kindern einen Betreuungsplatz bieten sollte. Aus ihrer Sicht habe sich die Verwaltung geweigert, an diesem Vorschlag entsprechend zu arbeiten. Man könne der Verwaltung, der Schulleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hortes zutrauen, die Arbeit entsprechend zu leisten.

Die Bürgermeisterin entgegnet Frau Warnken, dass erst durch den Antrag der fünf Ratsfrauen das Durcheinander entstanden sei.

Es wäre durchaus auch eine Möglichkeit gewesen, zunächst mit dem Rechtsanspruch für die ersten Klassen umzusetzen.

Dann wäre Hort, Hort geblieben und die Schule hätte in Ruhe starten können.

Aber die fünf Ratsfrauen und die Schulleitung haben sich für eine Unterteilung der Jahrgänge und eine Zugangsbeschränkung ausgesprochen. Diese sei das hauptsächliche Problem und die Ursache für das Durcheinander.

Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, gleich mit allen vier Jahrgängen in den Ganztag zu starten und den Hort parallel frei zugänglich zu belassen.

Aber dieser Antrag wurde von der Bunten Gruppe abgelehnt.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, lässt keine weiteren Wortmeldungen der Ratsfrauen und Ratsherren zu.

Seitens der Einwohnerinnen und Einwohner ergeben sich keine weiteren Fragen; der Tagesordnungspunkt und die Sitzung werden durch den Vorsitzenden, Ratsherrn Rosenhagen, geschlossen.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer